

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XIII
Erster Teil	
Das Thema und die Arbeitsweise	1
I. Sachlage und Rechtslage.....	1
II. Folgen der Aufhebungen von Ortsnamen	4
III. Die juristische Denkweise	11
Zweiter Teil	
Verfahrensrechtliche Perspektiven	15
I. Vorfragen zu den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofs über die Bescheidbeschwerden.....	15
1. Die Rechtsgrundlagen für Bescheidbeschwerden	15
a. Die Bescheidbeschwerde im B-VG.....	15
b. Die Bescheidbeschwerde im VfGG	15
2. Anmerkungen zu den zwei Bescheidbeschwerden.....	16
a. Die formale Beschwerdelegitimation	16
b. Die materielle Beschwerdelegitimation.....	17
c. Die Judikatur des VfGH zur Legitimation	18
d. Die Zuständigkeit des VfGH zur formalen Bescheidprüfung.....	20
e. Die Zuständigkeit des VfGH zur materiellen Bescheidprüfung	20
II. Die Erkenntnisse des VfGH über Bescheidbeschwerden gegen deutschsprachige Ortstafeln.....	22
1. Das Erkenntnis aus dem Jahr 2001	22
2. Das Erkenntnis aus dem Jahr 2005.....	25
III. Ein Vergleich der zwei Erkenntnisse.....	28
1. Aufbau und Inhalt	28
2. Der Spruch über die Bescheidbeschwerden.....	28
3. Unerheblichkeit der Aufhebungen der Ortsnamen für die Erkenntnisse über die Bescheidbeschwerden	29
4. Der Spruch über die Verfahrenskosten.....	30
a. Die Rechtslage.....	30
aa. Allgemeine Vorschriften.....	30
bb. Für Bescheidbeschwerden:	31
cc. Für Verordnungsprüfungen von Amts wegen.....	31
dd. Für Individualanträge gegen Verordnungen	31
ee. Für Gesetzesprüfungen von Amts wegen	31
ff. Für Individualanträge gegen Gesetze	31
b. Der Spruch über die Verfahrenskosten in den zwei Erkenntnissen	31
c. Beispiele aus der Judikatur des VfGH zum Kostenersatz.....	33
aa. Verordnungsprüfungen von Amts wegen	33
bb. Gesetzesprüfungen von Amts wegen	33
cc. Individualanträge auf Verordnungsprüfung	34
d. Schlussfolgerungen.....	36

	Seite
5. Die schriftliche Ausfertigung von Erkenntnissen	38
a. Die Rechtslage.....	38
b. Subsidiär anwendbare Vorschriften der ZPO	40
c. Schlussfolgerungen aus diesen Vorschriften	41
IV. Die Prüfung von Verordnungen und Gesetzen	
durch den Verfassungsgerichtshof von Amts wegen.....	43
1. Die Rechtslage	43
a. Die Verordnungsprüfung im B-VG.....	43
b. Die Verordnungsprüfung im VfGG	44
c. Die Gesetzesprüfung im B-VG.....	45
d. Die Gesetzesprüfung im VfGG	45
2. Die zwei Erkenntnisse zur Verordnungs- bzw. Gesetzesprüfung von Amts wegen.....	46
a. Das Erkenntnis aus dem Jahr 2001	46
b. Das Erkenntnis des Jahres 2005	63
3. Ein Vergleich der zwei Erkenntnisse	67
4. Rechtswirkungen der Verordnungsprüfungen auf die Bescheidbeschwerden?.....	73
a. Das Erkenntnis des Jahres 2001	73
b. Das Erkenntnis des Jahres 2005	74
c. Die Mangelhaftigkeit der zwei Sprüche über die Aufhebung.....	74
V. Die Präjudizialität von Verordnungen und Gesetzen für Entscheidungen über Bescheidbeschwerden	75
1. Die Rechtsgrundlagen der Präjudizialität.....	75
a. Verordnungsprüfungen auf Antrag und von Amts wegen im B-VG.....	75
b. Verordnungsprüfungen auf Antrag und von Amts wegen im VfGG	76
c. Gesetzesprüfungen auf Antrag und von Amts wegen im B-VG.....	77
d. Gesetzesprüfungen auf Antrag und von Amts wegen im VfGG	77
2. Leitsätze aus der Judikatur des VfGH zur Präjudizialität für die Prüfung von Verordnungen und Gesetzen von Amts wegen.....	78
3. Eine Analyse der Judikatur	82
4. Rechtliche Kriterien der Präjudizialität für amtswegige Verfahren aufgrund von Bescheidbeschwerden.....	85
5. Stellungnahmen des Verfassungsgerichtshofs zur Präjudizialität von Ortsnamen	89
a. Die Präjudizialität im Erkenntnis aus dem Jahr 2001.....	89
b. Zur Präjudizialität im Erkenntnis aus dem Jahr 2005	92
6. Problemperspektiven	95
 Dritter Teil	
Verfassungsrechtliche Perspektiven	101
I. Die föderalistischen Kompetenzen zur Durchführung von Staatsverträgen in Gesetzgebung und Vollziehung.....	101
1. Die Rechtsgrundlagen	101
2. Zuständigkeiten zur Durchführung von Staatsverträgen.....	103
3. Die Rechtsgrundlagen für Ortsbezeichnungen und Ortsnamen	108
a. Die Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl. 159/1960 idgF.....	108
b. Die erste Verordnung für St. Kanzian.....	111
c. Die zweite Verordnung für St. Kanzian	111
d. Die erste Verordnung für Bleiburg	112

	Seite
e. Die zweite Verordnung für Bleiburg.....	112
f. Die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung (KAG).....	113
4. Die Festlegung von Ortsnamen durch die Bundesregierung.....	113
5. Feststellungen des Verfassungsgerichtshofs zur Kompetenzlage.....	116
6. Ortsnamen und topographische Ortsbezeichnungen.....	118
7. Kompetenzrechtliche Folgen der Aufhebung einer Wortfolge im VolkgruppenG und in der TopographieV.....	120
II. Die unmittelbare Anwendbarkeit von Staatsverträgen.....	123
1. Die Vorschriften des B-VG.....	123
2. Allgemeiner Kommentar zu den Vorschriften des B-VG.....	124
3. Der Kommentar Öhlingers.....	129
4. Die unmittelbare Anwendbarkeit der Ziff. 3 im Art. 7 des Staatsvertrages in der Judikatur des VfGH.....	132
a. Das Erkenntnis des Jahres 1987.....	132
b. Das Erkenntnis des Jahres 2000 zur Amtssprachenverordnung.....	137
c. Das Erkenntnis des Jahres 2001.....	141
d. Das Erkenntnis des Jahres 2005.....	143
5. Der „Wille des Gesetzgebers“ und der fundamentale Irrtum des Verfassungsgerichtshofs.....	144
6. Der Wille des Verfassungsgesetzgebers.....	147
7. Schlussfolgerungen.....	148
III. Unbestimmtheiten im Art. 7 des Staatsvertrages in der Judikatur des VfGH.....	149
1. Die Rechtsquellen.....	149
2. Die objektiven Unbestimmtheiten im Staatsvertrag.....	152
3. Die Sichtweise des Verfassungsgerichtshofs.....	154
4. Die Unbestimmtheiten der Kriterien des VfGH.....	159
5. Fazit.....	164
IV. Die Prinzipien des Rechtsstaates und der Legalität.....	165
1. Die Rechtsgrundlagen.....	165
a. Das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG).....	165
b. Das Verfassungsgerichtshofsgesetz.....	166
2. Das Prinzip des Rechtsstaates aus historischer und heutiger Sicht.....	166
3. Der Rechtsstaat, die Legalität und der gesetzliche Richter in der Literatur und in der Rechtsprechung.....	169
a. Der Rechtsstaat.....	169
b. Die Legalität.....	177
c. Der gesetzliche Richter.....	182
4. Das differenzierte Legalitätsprinzip des B-VG.....	185
5. Das Legalitätsprinzip und der Verfassungsgerichtshof.....	186
6. Zum „Widerspruch“ des Volkstafelgesetzes und der Ortstafelverordnungen zum Art. 7 des Staatsvertrages.....	188
7. Die Gesetzesbindungen des Verfassungsgerichtshofs.....	192
a. Die Gesetzesbindung im B-VG.....	192
b. Besondere Aspekte der Gesetzesbindungen des VfGH.....	194

Vierter Teil

Verfassungsgerichtsbarkeit und Gesetzgebung.....	197
I. Der Spruch zur Aufhebung von Verordnungen und Gesetzen.....	197

	Seite
1. Die Rechtsgrundlagen	197
a. Der Spruch zur Aufhebung von Verordnungen	197
b. Der Spruch zur Aufhebung von Gesetzen	198
2. Kommentar zur Rechtslage	200
3. Der Spruch in den zwei Erkenntnissen	201
a. Das Erkenntnis des Jahres 2001	201
b. Das Erkenntnis des Jahres 2005	202
4. Die Verbindlichkeit des Spruchs zur Aufhebung	204
a. Rechtswirkungen der Zustellung	204
b. Rechtswirkungen der Kundmachung	206
II. Der VfGH als „negativer Gesetzgeber“	207
1. Die Aufhebung von Gesetzen in der Judikatur des VfGH	207
2. Rechtswirkungen der Aufhebung von Bescheiden	211
III. Die Entscheidungsgründe und ihre Verbindlichkeit	213
1. Die Entscheidungsgründe aus dem Jahr 2001 in ihrer Bedeutung für die Entscheidungsgründe aus dem Jahr 2005	213
2. Leitsätze und Rechtssätze	216
3. Die „Verbindlichkeit“ von Entscheidungsgründen	219
IV. Der Verfassungsgerichtshof als positiver Gesetzgeber?	223
V. Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit	231
1. Die Auswirkungen der Judikatur des Gerichtshofs und das Prinzip des Judicial Self-restraint	231
2. Die Bindung des Verfassungsgerichtshofs an seine Judikatur?	236
3. Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik	244
VI. Gesetzgeber und Verfassungsgericht	248
1. Die Aufgabe des Gesetzgebers	248
2. Die Aufgabe des Verfassungsgerichtshofs	250
3. Grenzen der Gesetzgebung und Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit	257
4. Die Fehlerhaftigkeit von Akten oberster Staatsorgane aus den Perspektiven der Gewaltenteilung	262

Fünfter Teil

Der demokratische Rechtsstaat im Wandel?	269
I. Rechtshandlungen in ihrem Zusammenwirken	269
1. Aktivitäten oberster Staatsorgane aufgrund der Judikatur	269
a. Die Volksanwaltschaft	270
aa. Missstandsfeststellungen und Empfehlungen	270
bb. Die Anträge an den Verfassungsgerichtshof	273
cc. Die Begründung der Anträge	274
dd. Kommentar zur Begründung der Anträge	276
ee. Die Rechtsgrundlagen für die Anträge auf Verordnungsprüfung	280
b. Der Verfassungsgerichtshof	282
c. Die Bundesregierung	285
d. Der Nationalrat	286
e. Der Bundespräsident	286
2. Neuartige Wege zur Gesetzgebung?	288
II. Staatsfunktionen, Organpositionen und Amtswalter	291
1. Gegenseitige Abhängigkeiten und Verantwortlichkeiten der obersten Staatsorgane	291

	Seite
2. Organkompetenzen, Amtsbefugnisse und Amtspflichten	295
3. Verfassungsrechtliche und staatspolitische Konstellationen.....	297
4. Der Verfassungsgesetzgeber ist herausgefordert	300
Literaturverzeichnis.....	303